

Im Wellental

Vieles spricht dafür, dass wir seit 2008 in einem typischen Wellental langfristiger Wirtschaftszyklen stecken. Dabei verstärkt sich die ungleiche Entwicklung im Kapitalismus – mit weitreichenden Folgen. Frühere Wellentäler mündeten in Diktaturen und Weltkriege (1914–1947) und dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa (1974–1992).

Von Christian Gerlach

Nationalismus, autoritäre Systeme, religiöse Intoleranz und Rassismus auf dem Vormarsch; politische Polarisierung, Stimmungsumschwünge und Zukunftsangst; Separatismus und Bürgerkriege: Diese aktuellen Phänomene lassen sich vielleicht mit Hilfe der «Theorie der langen Wellen» verstehen, trotz ihrer Vereinfachungen und mangelnden theoretischen Absicherung. Diese Theorie postuliert Wirtschaftszyklen von rund 50 Jahren. Wellentäler (wie seit etwa 2008) werden nicht überall von geringem Wachstum geprägt, wohl aber von Volatilität und Unsicherheit. In ihnen verstärkt sich die ungleiche Entwicklung im Kapitalismus, ob zwischenstaatlich oder regional (wie innerhalb der USA oder Indiens). Die schichtenspezifische Ungleichheit wächst vielerorts schon seit den 1970er Jahren und mit ihr scharfe Interessendivergenzen. Manche Gruppen fühlen sich bedroht, andere sind wirklich betroffen. In den Sozialwissenschaften knüpft man verschiedene politische Phänomene an solche Abschwungphasen, von Protektionismus bis zur Konkurrenz für die existierende Hegemonialmacht. In frühere solche Phasen fielen die Weltkriege, blutige Bürgerkriege und Diktaturen (1914–1947) sowie der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa (1974–1992).

Schuldenberge standen jeweils am Ausgangspunkt dieser Phasen (1873, 1918, 1973). Niemand weiss, wie die vor und in der Wirtschaftskrise von 2008/09 angehäuften Schulden zurückgezahlt werden sollen. Dies untergräbt Vertrauen fundamental, schafft Unsicherheit über die Zukunft und scheint Regeln fürs Zusammenleben und ethische Normen ausser Kraft zu setzen. Die Zeiten wirken unübersichtlich. Neue Kredite säen Spannungen. Kein Geschäft scheint ganz sicher. Das Misstrauen trifft auch Staaten – direkt (über EU- oder Staatsschulden) oder indirekt, da sie etwa verschuldete Hausbesitzer nicht zu schützen scheinen. Die Wirtschaftsmalaise kann zu einer Krise nicht nur des Staates, sondern auch der Gesellschaft mit jäh

sozialer Mobilität bis hin zu Massengewalt führen. Gerade die Unternehmerschaft ist politisch gespalten nach Interessen und Eigentumsstruktur, in der Schweiz genauso wie in den USA oder Indien. Auch da soziale Schichtenunterschiede negiert werden, brechen Konflikte entlang Sicherheit versprechenden Zuordnungen wie Ethnie, «Rasse», Religion und Geschlecht auf.

«Die Gross- und Regionalmächte haben ihre Unfähigkeit bewiesen, Ordnung und Stabilität zu schaffen; zur Zerstörung, Teilung und Destabilisierung hingegen zeigen sie sich in der Lage.»

Mindestens so kennzeichnend wie der Trend zur extremen Rechten sind jedoch innere Konflikte. Geschwächt sind die Kräfte der Kohäsion und viele alte Eliten. Die Politik des Hasses erfährt viel Unterstützung, aber auch Ablehnung. Zum Trend gehören knappe Abstimmungsergebnisse von Trump über Brexit und Erdogan bis Venezuela sowie unversöhnliche politische Lager. Die meisten Parteien behaupten, die wahre Nation zu repräsentieren und zu einen. Einerseits entstehen Sammlungsbewegungen mit sehr diversem Klientel (keineswegs nur Unterprivilegierten), andererseits sind Bürgerkriege seit 2010 laut (wenn auch fragwürdigen) Fachindizes viel häufiger und intensiver geworden. Die Zivilgesellschaft ist oft gespalten, der Krieg partizipativ.

Auch international wachsen Ungleichheit und Konflikte. Nach dem Ende der langen Welle 1948–1992 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien eine Zeit schrankenloser militärischer Handlungsfrei-

heit für die grossen kapitalistischen Industriestaaten gekommen. Trotz seiner oft multilateralen Formen stiess dieser neue Kolonialismus jedoch schon in der Boomphase 1993–2007 an seine Grenzen, und hinterher umso mehr. Nichtindustrialisierte Länder oder kleine Industriestaaten liessen sich – meist unter humanitärem Mäntelchen – zwar leicht bombardieren, zum Teil auch besetzen, kaum aber kontrollieren und die sozioökonomischen Probleme weder lösen noch beherrschen. So blieb trotz Besatzung oder Ressourcentransfer auch die politische Instabilität, ob nun in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Kosovo, Bosnien, der Ukraine, Somalia, Mali, Kongo, Osttimor, Haiti oder auf den Salomonen. Weiten Teilen der Bevölkerung hatten die grossen kapitalistischen Wirtschaften und Konzerne dort wenig zu bieten; und diese selbst erzielten dabei kaum grosse Profite. Langfristig günstige Verwertungsbedingungen für internationales Kapital sehen anders aus – daran scheiterte schon der alte Kolonialismus. Einzelne, aber auch gemeinsam haben die Gross- und Regionalmächte ihre Unfähigkeit bewiesen, Ordnung und Stabilität zu schaffen; zur Zerstörung, Teilung und Destabilisierung hingegen zeigen sie sich in der Lage. Mit Mühe und Not können sie auf See die wichtigsten Verkehrswege von Piraterie freihalten, kaum jedoch selbst mitverursachte Migrationswellen stoppen.

Im Abschwung langer Wellen kämpfen Grossmächte um Einflusszonen – 1873 bis 1896 bei der Aufteilung Afrikas sehr durchschlagskräftig. Bemerkenswert ist, wie hilflos sie es gegenwärtig tun. Wie beispielsweise auch in der Ukraine, wo es eben nicht um die Frage «Bürgerkrieg oder russische Intervention» geht, ist ausländische Militärintervention nun oft eng mit inneren Konflikten verflochten und verstärkt Fragmentierung eher, als ihr entgegenzuwirken.

Kontakt: Prof. Dr. Christian Gerlach, Historisches Institut, Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, christian.gerlach@hist.unibe.ch

